

Organisierte Wirtschaft in der Schweiz?

Von Dr. *Hermann Henrici*, Basel

Das Thema, das uns zu unserer heutigen Besprechung zusammenführt, ist einem der ausserordentlichsten Vorgänge gewidmet, die auf wirtschaftlichem Gebiet je erlebt worden sind, und einem der verwegendsten Wünsche, die eine theoretisierende und doktrinäre Wirtschaftspolitik an die Oberfläche getrieben hat.

Ich werde mit meinen Ausführungen, die ich Ihrer Überlegung und Ihrer Kritik empfehle, nur einen kleinen Beitrag zur Diskussion leisten können. Wer den Vorzug hat, seit langem an einem Posten sein zu dürfen, der, mitten im Lauf des Wirtschaftslebens stehend, die Beobachtung von Strömungen und Unterströmungen und Wirbeln der Konjunktur nach allen Seiten hin gestattet, aber auch nach allen Seiten Aufmerksamkeit verlangt, dem fehlt die Zeit zu theoretischen Untersuchungen. Ich muss darum gleich mit dem Bekenntnis beginnen, dass ich viele Literatur, die unserem soviel berufenen Thema gewidmet wird, nicht kenne und sie auch nicht lesen mag; meine Darlegungen werden darum aus einer wesentlich bescheideneren Perspektive als der meiner Herren Vorredner erfolgen — gewissermassen à niveau des Gegenstandes.

Die Frage: bedürfen wir in der Schweiz einer organisierten Wirtschaft? kann einen Mann aus der Praxis einigermassen in Verlegenheit bringen. Nicht, dass er damit nicht irgendeine Vorstellung verbinden könnte, die mehr oder weniger zutreffend wäre — welches Bild und welches Urteil in wirtschaftlichen Fragen dürfte übrigens wohl den Anspruch erheben, richtig im absoluten Sinn zu sein? —, sondern weil das Problem der organisierten Wirtschaft, so kurze Zeit es erst auf der Plattform der nationalen wie der Weltwirtschaft zur Diskussion steht, bereits nach zwei Richtungen sich gewissermassen ins Irreale zurückgezogen hat. Organisierte Wirtschaft ist heute ein Lieblingsthema, das in den kühlen Sphären der abstrakten Theorie abgewandelt wird; das Wort von der «organisierten Wirtschaft» hat sich aber auch bereits in die Niederungen des Schlagworts verloren; über Schlagworte kann man sich nicht mehr auseinandersetzen, man wendet sie an, ohne über ihren Inhalt nachzudenken und bekämpft sie, weil ein anderer sie vertritt.

Der mir gestellten Aufgabe auf diese Weise gerecht zu werden, will mir zu leicht, zu wenig ernsthaft erscheinen. Ich möchte Ihnen nicht darum meine Bedenken gegen eine Organisation der Wirtschaft vortragen, weil heute ein Mann, der wirtschaftlich und politisch auf einem anderen Boden steht, dafür eintritt;

ich rede weder als Anwalt einer wirtschaftlichen Organisation noch als Sprecher einer politischen Partei.

Wenn etwas mich bestimmt hat, der freundlichen Aufforderung unseres verehrten Herrn Präsidenten zuzusagen, so war es der lockende Versuch, zu einem Urteil über die Faktoren zu gelangen, die notwendigerweise Einfluss auf eine planmäßige Organisation der Wirtschaft nehmen müssten.

Dieser Versuch kann fehlschlagen oder zu unrichtigen Ergebnissen führen; jedenfalls sei er gewagt; schon darum, weil in einer Zeit, die wirtschaftlich in Atavismus zurückzufallen droht und gleichzeitig nach dem Übermorgen schreit, auch ein Urteil, das zwischen beidem die Mitte zieht und darum für das Bestehende eintritt — heute vielfach das Undankbarste — Gehör verdient.

Die Frage, was «organisierte Wirtschaft» sei, schon jetzt scharf abzugrenzen, so dass dazu nur noch ja oder nein zu sagen wäre, würde den Fall in unerlaubter Weise allzusehr vereinfachen.

Ich möchte darunter verstehen, dass der Staat nach einem bestimmten Plan, nach bestimmten Grundsätzen den Gang des Wirtschaftslebens zu beeinflussen sucht, dass er den natürlichen Ablauf des Wirtschaftslebens da, wo es sein Plan notwendig macht, ändert, beschränkt oder zu verbreitern sucht.

Wer einen Plan aufstellen will, bei dem setzt man voraus, dass er Grundsätze habe. Das führt zu der bedeutsamen Frage, ob ein Staat Grundsätze haben dürfe, haben könne.

Dem entrüsteten Hinweis auf unsere Bundesverfassung möchte ich entgegenhalten, dass das Ansehen und der Wert unseres Staatsgrundgesetzes bedeutend gesunken sind. Der Zwang des Krieges hat unsere verfassungsrechtlichen Grundsätze zum Teil zerstört, und es ist nachher nicht mehr gelungen, dieses Fundament wieder völlig aufzubauen. Dafür ist schon bei uns der Zusammenhang zwischen Politik und Recht viel zu eng; keine politische Instanz wird bei uns darauf verzichten wollen, das Verfassungsrecht nach der politischen Zweckbestimmung auszulegen. Wir haben uns bisher des Rechtes begeben, durch eine unpolitische Instanz unser Verfassungsleben einer besonderen Überwachung zu unterstellen, und müssen Vor- und Nachteile dieses Verzichtes tragen.

Fürchten Sie nicht, dass ich mich damit in theoretisch-staatsrechtliche Spekulationen verlieren will; ich breche mit der Feststellung, dass heute der politische Zweck die rechtlichen Mittel heiligt, bereits ab.

Ein Axiom möchte ich allerdings noch vorausnehmen. Eine Planwirtschaft, wie sie als Licht vom Osten verkündet wird, ist für uns unmöglich. Ich gebe zu, dass es für Kräfte, die, theorisierend, gewissermassen experimentell tätig und unbeteiligt jenseits von Gut und Böse stehen, für Kräfte, die Jahre und Menschenleben und Menschengut ungestraft vergeuden können, eine wahrhaft gigantische Lockung sein muss, eine nach ihrer Doktrin unbrauchbare Wirtschaft zu zerstören und eine neue, ideale an ihre Stelle zu setzen. Ihnen hat schon vor 70 Jahren der Deutschrusse *Victor Hehn*, jedem Italienfahrer und Goethefreund teuer, das Wort des Tacitus gewidmet: *ubi solitudinem faciunt, pacem appellant* (de moribus Ruthenorum, Stuttgart 1892, S. 99). Für ein derartiges Experiment ist unser Land zu reich, zu reif, zu vernünftig.

Unsere Volkswirtschaft ist auch viel zu sehr mit dem Land verwachsen, als dass ein Experiment Aussicht auf Erfolg hätte, diese unsere Wirtschaft umzuschalten, zu reformieren. Man kann auch nicht, wie es kürzlich der Basler Grosse Rat tun zu dürfen glaubte, wirtschaftliche Prozesse durch politische Abstimmungen erledigen. Man kann nicht unsere Exportindustrie mit dem inneren Markt vertrösten, wenn dieser nicht vorhanden, oder nicht aufnahmefähig ist. Alles das und vieles andere kann man wohl als wirtschaftspolitisches Dogma mit dem Anspruch auf Unfehlbarkeit verkünden; aber vergessen wir nicht, dass überall dort, wo das Dogma in den Fall kam, zur Leistung, zum praktischen Beweis überzugehen, es vom Leben korrigiert worden ist. Ich möchte unserem Land die Erfahrungen Deutschlands und Österreichs ersparen, die in einer jammervollen Praxis erleben müssen, wohin die Übersteigerung des Staatszwecks und der staatlichen Ansprüche führt; ich möchte unser Land vor dem hässlichen Kampf der Wirtschaft mit dem Staat bewahren, in dem kein Teil mehr dem anderen traut und alle Mittel zur Wehr und Gegenwehr erlaubt scheinen, und möchte ebenso sehr den Gedanken eines gemilderten, gewissermassen aufgeklärten wirtschaftspolitischen Absolutismus als für unser Land ganz unerträglich ablehnen. Unsere Wirtschaft kann das, wenn sie selber das Vertrauen zu sich nicht verliert und sich selber so stark macht, als sie mit ihren Mitteln kann. Gerade da sind noch lange nicht alle Möglichkeiten erschöpft.

Wenn ich so ganz offen bekenne, überaus skeptisch von einer staatlich geleiteten Wirtschaftspolitik zu denken, so muss ich dafür den Beweis antreten.

So seien denn die Faktoren, die, von innen gesehen, unser Wirtschaftsleben bestimmen und bestimmen könnten, einmal etwas kritisch gemustert. Es sind vor allem die politischen Elemente, die verantwortlichen, sichtbaren, und die unpolitischen, die weniger sichtbaren.

* * *

Eine Vorfrage: was hat der Krieg im Wirtschaftsleben und namentlich in seinen Formen geändert? Die Antwort muss notgedrungen sehr unvollständig sein.

Er hat vorübergehend unser Land gezwungen, soviel wie nur immer möglich sich selbst zu versorgen. Man ging der Ware nach — heute rennt sie dem Konsumenten nach — und musste haushalten, wenn immer möglich selber produzieren. So sind im Schatten der damals zerstörten Weltwirtschaft bei uns neue Produktionen entstanden und haben Arbeitsgelegenheit geschaffen. Es ist bei weitem nicht alles von dem, was damals wirtschaftlich improvisiert werden musste und konnte, in den normalen Bestand unserer Wirtschaft übergegangen; aber manches hat sich doch gehalten. Um bei den mir als Basler am nächsten liegenden Beispielen zu bleiben, erinnere ich vor allem an die chemische Industrie, mit der ihre Konkurrenz im Ausland nicht nur rechnet, sondern mit der sie paktieren muss, ich erinnere an einzelne Zweige der Textilindustrie, an die Wäschefabrikation, an manche kleinere, aber beachtenswerte Industrien. Namentlich aber sei hervorgehoben die mächtige Entwicklung, die unsere Versicherungsbranche und das schweizerische Bankwesen genommen haben. Hier wie in der

Industrie sind Positionen erobert worden, die zu halten sind und die verteidigt werden müssen.

In der späteren Nachkriegszeit hat sich die Scheidung der lebensfähigen von den vorübergehend und nur künstlich im Schatten ausserordentlicher Verhältnisse gedeihenden Betrieben vollzogen; wir waren nahe dem an sich nicht unerwünschten Zustand, dass in Industrie und Gewerbe überall die ausländische Konkurrenz wieder in die Wagschale fiel und dort berücksichtigt wurde, wo sie besser und auch da, wo sie bei gleicher Qualität billiger zu liefern in der Lage war.

Diese Konkurrenz war vielleicht, soweit sie nach unserer eigenen Produktion zielte, hie und da unangenehm, soweit sie den Konsumenten erreichte, dagegen willkommen, und, alles in allem genommen, gesund. Sie hat, etwas unfreundlich gesagt, die Spreu vom Weizen gesondert.

Heute laufen wir Gefahr, dass ausserordentliche Mittel wieder ein industrielles Treibhaus aufbauen, das einzelnen Produktionszweigen zu einer Scheinblüte verhelfen und dem Lande die Fata Morgana einer wieder gesteigerten Arbeitsgelegenheit vorführen wird.

* * *

Der Krieg hat neben vielen anderen auch die Wirkung gehabt, den Organisationsgedanken in der Wirtschaft mächtig zu beleben. Wer nicht in seiner Branche sich zusammenschloss, lief Gefahr, seine Wünsche nicht anbringen zu können und bei der Verteilung nicht berücksichtigt zu werden.

Zu keiner Zeit sind unsere wirtschaftlichen Organisationen gesuchter, mächtiger und einflussreicher gewesen als damals. Aber, man muss es mit Bedauern sagen, dieser Wille zum Zusammenschluss hat, von einzelnen bedeutenden Ausnahmen abgesehen, in den letzten Jahren spürbar nachgelassen. Die gewerbliche und ein guter Teil der industriellen Produktion, vom Handel gar nicht zu reden, ist gegenüber der Landwirtschaft und namentlich gegenüber den Arbeitnehmern, die das Ideal der lückenlosen Organisation wenigstens in nicht zu weiter Ferne sehen, stark ins Hintertreffen geraten. Ich will nur andeuten, dass an dieser bedauerlichen Erscheinung sicher gar nicht zuletzt das Problem der Führerschaft in erheblichem Masse beteiligt ist. Die Übersicht über die Gesamtwirtschaft hat gelitten, ihre Lenkbarkeit ist erschwert, weil bei uns wohl zu viel im kleinen organisiert und damit naturnotwendig vielfach das Trennende statt dem Verbindenden betont worden ist. Darin liegt nur scheinbar ein Widerspruch zu dem eben Gesagten. Unsere Wirtschaft hat sich gewöhnt, in kleine branchenmässige Organisationen sich zurückzuziehen, von denen man die unmittelbare Berücksichtigung und Vertretung der allernächst liegenden Wünsche erhofft. Die Gründe dafür liegen offen; nicht der letzte ist der Umstand, dass Forderungen der Wirtschaft nur auf politischem Wege durchzusetzen sind und ihre Stimmen von den Händen, in denen die Verwirklichung dieser Wünsche liegt, nach ihrem politischen Gewicht nur addiert, aber nicht gewogen werden. Unser unheilvoll politisiertes Wirtschaftsleben hat verlernt, auf das Ganze zu sehen, weil es verlernt, wenigstens in vielen seiner Teile verlernt hat, nach grossen Richtlinien zu handeln. Man feilscht um Teilerfolge und lebt von der Hand in den Mund.

Jener Rückzug auf die Organisation im Kleinen hat aber noch ein fast bedenkliches Ergebnis. In wie vielen Branchenorganisationen ist schon nur auf ihrem so beschränkten Tätigkeitsgebiet der Zweck der Organisationen aus den Augen verloren worden. Die Organisation, statt wenigstens nach aussen als Exponent einer mehr oder weniger gewichtigen Berufsgruppe zu wirken, wird benutzt, um nicht geradezu zu sagen missbraucht, um nach innen, gegenüber der engeren Konkurrenz, Erfolge, sagen wir bescheiden, Vorteile und Vörtelchen zu gewinnen. Wer weiss nicht von diesen vielen internen Streiten zu erzählen? Aber wie viele, die so streiten, denken daran, wie sehr sie damit nicht nur sich nach aussen schaden?

Von den Kartellen und Trusts, mit denen unsere politische Publizistik ihre gläubigen Leser schreckt, will ich hier nicht reden, weil sie ja nicht zur Diskussion stehen. Nur das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen: zugegeben, dass durch derartige Gebilde, deren Wirksamkeit man bei uns zweifellos überschätzt, da und dort Einfluss auf die Preise gewonnen werden mag. Aber hat man schon bedacht, wie oft und in welcher Breite diese Form der wirtschaftlichen Organisation gerade bei uns schon dazu verholfen hat, dass Arbeit im Lande blieb und dass Arbeitsgelegenheiten offenbleiben konnten!

Vergleiche ich die Organisation der wirtschaftlichen Notwehr, die der Krieg erzwang, mit dem, was heute besteht und geplant ist, so fällt der ungeheure Schritt zum Etatismus auf, der in noch nicht 20 Jahren getan worden ist. Damals hat die Wirtschaft, unter dem Zwang der Verhältnisse und unter der klugen, aber zurückhaltenden Hilfe des Staates, sich selbst organisiert und selber ihren Generalstab aufgestellt. Heute will der Staat alles besorgen, und wie macht er es!

Nur nebenbei: wie viele Gelegenheiten hat sich dieser soviel klüger gewordene Staat entgehen lassen, eine Rolle zu übernehmen, die nur ihm zukam, nur von ihm mit Autorität und befriedigend übernommen werden konnte. Ich denke an die Möglichkeiten, die sich in der Periode der Nachkriegshandelsverträge geboten hätten, die Verbindung unserer Handelspolitik mit dem Kapitalexport unserer Banken so eng wie möglich zu gestalten. Wir sind, soviel mir bekannt, über wenige und nicht eben glückliche Versuche nicht hinausgekommen.

Ich sagte vorhin, der Staat sei offenbar klüger geworden; das sei dahingestellt; jedenfalls tritt er heute anspruchsvoller auf. Bietet er die Garantie dafür, ein verlässlicher Führer zu sein?

* * *

Von unserer obersten Landesbehörde kritisch zu reden, fällt mir besonders schwer, weil jede Kritik in jener Richtung ehrlicher Weise vielen unausgesprochenen Dank zur selbstverständlichen Voraussetzung haben muss. Man darf doch die Frage wagen, ob unser Bundesrat, vorausgesetzt, dass die verfassungsmässigen Grundlagen gegeben sind oder ihm verschafft werden, in der Lage sei, im Kreuzfeuer der politischen Wünsche feste Richtlinien der Wirtschaftspolitik zu befolgen oder vorzuzeichnen. Ich gestatte mir, das in Zweifel zu ziehen, verzichte dabei aber gern auf das billige Vergnügen, jenes seltene wirtschaftspolitische Manifest — selten darum, weil der Bundesrat als solcher nicht oft die gerade

Rede zum Volke findet — im einzelnen zu würdigen oder gar die Mitglieder des Bundesrates nach ihrem Geltungsbereich und Geltungswillen gegeneinander abzuwägen. Aber das sei mit aller Offenheit gesagt: jenes, ich scheue das Wort nicht, gläubige Vertrauen zu unserer Landesregierung, dass sie nach aussen hin mit *einem* Willen auftrete, nicht mit dem eines unverantwortlichen Mannes, sondern mit dem einer verantwortlichen Behörde — dieses primitive Vertrauen, doch das Alpha und das Omega einer guten Regierung, ist wohl in manchen Kreisen unseres Landes etwas erschüttert worden. Was hülfe es, hier Einzelfälle zu nennen, wo mit Wort und Schrift gegeneinander gearbeitet, die Arbeit des andern lahmgelegt wurde — sie sind jedem Kundigen bekannt, und wir sind ja nicht berufen, zu Gericht zu sitzen. Aber die Tatsache besteht; sie hindert und wird uns immer wieder hindern, mehr Vollmachten bei einer Behörde zu vereinigen, die nicht einig werden kann und deren Mitglieder sich nicht ein- und unterordnen können.

Man hat es immer wieder als einen besonderen Vorzug unserer Demokratie gepriesen, dass die Mitglieder unserer obersten Exekutive, vom Missgeschick des Augenblicks unberührt und von der politischen Ungunst ungefährdet, ihres Amtes walten können. Von dem Lob, das da unser Land sich selber spendet, sei nichts weggenommen; aber man übersieht mit ihm vielleicht etwas zu rasch, dass unser Regime auch Nachteile hat. Die Antwort auf die etwas bange Frage nach dem Vertrauen zu unserer Exekutive lässt sich natürlich nicht wie am Jahrmarkt von der politischen Skala ablesen, wer als starker Mann die Stimmen am höchsten habe treiben können, sondern sie liegt in weniger robusten, aber in doch wirksamen Faktoren.

Mit der Permanenz unseres Bundesrates in Relation steht eine andere, geradezu beklagenswerte Erscheinung. Die Mitglieder des Bundesrates bleiben, die Mitglieder der Räte kommen und gehen und sind, in ihrer politischen Existenz, viel zu viel — ich darf aber doch sagen: glücklicherweise nur zum Teil — von der Gunst der Exekutive abhängig geworden. Wir haben also, um es so zu sagen, gewissermassen eine parlamentarische Regierung mit umgekehrtem Vorzeichen; wir verdanken sie jener unheilvollen Subventionspolitik, die theoretisch zu sparen behauptet und in der Tat mit vollen Händen ausgibt. Ich frage sehr ernsthaft: ist es nicht ein überaus bedauerliches Zeichen für das Sinken unserer politischen Moral und insbesondere für die Minderbewertung, die diese Moral an massgebenden Stellen erfährt, wenn man sieht, dass man mit Geld nicht alles, aber vieles zu erreichen oder zu beseitigen glaubt, wenn man nach der einen oder andern Seite mehr oder weniger offen, Subventionen anbietet, um auszugleichen, nach aussen hin Gegengewichte herzustellen? Muss da nicht irgendwo etwas nicht stimmen, wenn Subventionen angetragen werden, die die glücklichen Bedachten gar nicht wollen? Dass auf der andern Seite die Verhältnisse nachgerade ebenfalls so verdorben sind, dass der Staat als langmütiger und unerschöpflicher Geldgeber ausgebeutet wird, den man immer wieder in dieser oder jener Form um Hilfe ansprechen darf — es ist im Grunde genommen immer dieselbe, die hässlichste, das Geld — sei offen zugegeben.

Unsere Wirtschaft ist antietatistisch da, wo eine bestimmte Massnahme des Staates sie nicht trifft, das eigene Interesse nicht fördert, aber sie scheut sich

nicht, etatistisch zu sein, wenn sie selber Vorteile vom Staat zu erhoffen hat. Es fehlt — soll ich sagen, uns allen? — die stolze Grundsätzlichkeit, die nun einmal nicht alles Heil vom Staat erwartet, auch wenn ein Mitleisten und Mitreden des Staates im Augenblick angenehm sein könnte. Staat und Wirtschaft haben sich gegenseitig zum Opportunismus erzogen; der Gewinner ist letzten Endes der Staat, der seinen Einfluss und damit unmittelbar den Einfluss der Politik auf die Wirtschaft steigert. Verlierer ist trotz augenblicklichem Vorteil die Wirtschaft, weil sie sich der Staatsmaschinerie ausgeliefert sieht. Das Wort von der Staatsmaschinerie führt mich zu etwas weiterem.

Man klagt bei uns, und wohl oft mit Recht, über die nicht allmächtig, aber doch immer mächtiger werdende Bureaukratie. Der unsichtbaren Allgewalt der Bureaux, die in andern Ländern vorhanden sein mag, fehlt bei uns eine wesentliche Voraussetzung: durch die Permanenz unserer obersten Exekutive hat die Verwaltung im allgemeinen weniger die Möglichkeit, als Hüter der Tradition und als Verwalter des reinen Fachwissens gegenüber der nur politisch eingestellten Spitze unentbehrlich und damit mächtig zu werden. Das ist ein Vorteil mit einem wesentlichen Nachteil, der lediglich festgestellt sei, ohne damit den Wunsch nach einer Änderung zu verknüpfen. In vielen Zweigen unserer Verwaltung fehlt uns jene obere Schicht unmittelbar unter der Spitze, die zum Überblick über grössere Zusammenhänge erzogen, für die Führung wichtiger Geschäfte in solchen Zusammenhängen und unter eigener Verantwortungsfreude geschult und darum bereit wäre, unerwarteten und unerwünschten Situationen mit Sachkenntnis, mit Ruhe und Zuversicht zu begegnen. Die Gründe für dieses Manko sind zu bekannt, als dass darüber Worte zu verlieren wären, aber über seine Folgen ist doch einiges festzuhalten. Vor allem das, dass die wenigen Männer von jener besonderen Klasse, die unsere Bundesverwaltung unmittelbar zur Verfügung hat, in einer Art und Weise in Anspruch genommen, geradezu ausgenützt werden müssen, die ihnen und der Sache auf die Dauer schaden muss. Und durch den Verzicht auf die Abtretung von Verantwortung nach unten wird eine Konzentration von Macht bei der politischen Spitze erreicht, die diese notwendig veranlassen muss, sich für die zu treffenden Entscheidungen vor allem auf politischem Wege zu sichern. Oft fast unverständliche Massnahmen, auch bei der Zusammensetzung von Kommissionen und Delegationen, sind nur so erklärlich, dass eben politische Gesichtspunkte entscheidend waren. Jener Stab geschulter Mitarbeiter, der rein sachlich erwägen und von der politischen Wirkung unbeeinflusst unsere Behörden beraten könnte, ist in unserer Verwaltung zu klein, die politische Befangenheit darum zu gross. Das ist nicht der letzte Grund, bei weitem natürlich auch nicht der einzige, wenn unsere Wirtschaft mit Sorge jede Vermehrung des staatlichen Einflusses verfolgt, weil notwendigerweise der sachliche Inhalt dieser Kompetenzen von der Vorstellung der Persönlichkeiten, die diese Kompetenzen ausüben sollen, nicht zu trennen ist.

Auch die Rolle unseres Parlaments kann in diesem Zusammenhang nicht übergangen werden. Solange in unserem politischen Leben eine Partei unumschränkt herrschte, trug sie die Verantwortung. Um sich zu halten, hatte sie in Verwaltung und Gesetzgebung die Grundsätze zu befolgen, die der Mehrheit

des Volkes offenbar entsprachen. Damals konnten noch, cum grano salis sei es gesagt, gute Gesetze gemacht werden, denn sie waren von einer sicheren Mehrheit getragen, die wenig Rücksichten zu nehmen hatte. Natürlich sind auch derartige Gesetze von der Minderheit abgelehnt worden, eben weil sie Minderheit war. Hätte das politische Pendel einmal nach der anderen Richtung ausgeschlagen, ein für unsere Verhältnisse seinerzeit unmöglicher, in anderen Ländern ein heute beinahe alljährlicher Fall, so wären die Rollen vertauscht worden. Aber immerhin: Regierung und Opposition waren so gezwungen, in Führung und Leistung das Beste zu bieten, um sich zu halten, respektive um selber regierungsfähig zu werden.

Diese einfachen Verhältnisse sind durch das Proportionalwahlverfahren und natürlich auch durch die ausschliessliche Betonung des egoistischen Moments und die Verpolitisierung auch der unpolitischsten Fragen zertrümmert worden. Wohl hat das Pendel der Volksmeinung früher in verhältnismässig kurzen Fristen nach entgegengesetzten Seiten geschlagen; ich erinnere an die dramatische Entwicklung des Rückkaufs unserer Eisenbahnen oder an die wechselvollen Schicksale der Kranken- und Unfallversicherung. Das sind einzelne, allerdings markante Episoden einer im ganzen ruhigen Entwicklung. Heute schlägt das Pendel ständig nach links und rechts aus und bestimmt den Zickzackkurs, der zu den ewigen Kompromissen führt. So müssen wir uns heute mit dem vielleicht etwas dürftigen Ergebnis zufrieden geben, dass diejenigen Entscheide und Gesetze verhältnismässig die besten sind, die nach keiner Seite ganz befriedigen. Mit dazu beigetragen hat wohl auch die Tatsache, dass unsere Gesetzgebung in manchem Betracht gewissermassen saturiert ist und selten mehr Anlass bietet, Aufgaben in Angriff zu nehmen, zu denen man sich nicht bloss nach dem eigenen unmittelbaren Vorteil, sondern nach seiner ganzen Überzeugung und Auffassung vom Wesen des Staates, beinahe möchte ich noch beifügen: nach seiner Weltanschauung positiv oder negativ einstellt.

Die politische Zersplitterung, die wir ja mit manchen für uns wichtigen Ländern teilen, hat auch eine Entwicklung begünstigt, die man unterschätzt, wenn man sie als bloss formalistisch und darum unbedeutend abtun will: ich meine die Minderung der Achtung vor Verfassung und Gesetz, die in den letzten beiden Jahrzehnten zu beobachten ist. Man getraut sich heute nicht, obwohl sich die Verhältnisse seit bald sechzig Jahren so gründlich geändert haben, durch eine Totalrevision der Bundesverfassung einmal grundsätzlich über Grundsätze zu reden, und hilft sich mit Interpretationen, die hie und da etwas liederlich anmuten. Man kann sagen, in dieser lebendigen Entwicklung der Verfassungsgrundsätze liege ein Vorteil, für den es an Vorbildern nicht fehle; mir will der Nachteil grösser scheinen, dass in unserem Volk durch die heutige Praxis von Exekutive und Legislative die Achtung vor Verfassung und Recht gemindert wird. Man darf sich nicht täuschen, dass dadurch auch das Zutrauen zu unseren Behörden Schaden leidet. Was hilft es, wenn in einem einzelnen Fall eine feierliche Berufung auf die Verfassung erfolgt, während man durch konzentrische Bemühungen Grundsätze, auf die als Errungenschaften des modernen Staates wir vor allem stolz sind, wie z. B. die Handels- und Gewerbefreiheit, von Staats wegen in Fetzen reisst!

Jenes Zutrauen, das wir heute zwischen Regierung und Volk von beiden Seiten her so bitter nötig hätten, weil nur es den ausserordentlichen Massnahmen, die die Wirklichkeit erfordert, eine gesunde, sichere und dauernde Basis geben kann, dieses Zutrauen wird noch auf einem andern Weg gefährdet, über den jetzt noch ein Wort zu sagen ist.

Die Scheu, Grundsätzliches grundsätzlich, also durch Gesetz zu erledigen und dem Volksentscheid auszusetzen, hat zu der sattsam bekannten Praxis geführt, durch Verordnungen, die nur der politischen Kontrolle unterstehen, deren Gesetzes- und Verfassungsmässigkeit aber niemand wirksam nachprüfen kann, Wesentliches zu verfügen und damit eine unzulässige Verschiebung der Kompetenzen zuungunsten der Legislative und des souveränen Volkes vorzunehmen. Das ist das eine. Das andere ist, dass durch Massnahmen der Behörden im Einzelfall, die schwer erkennbar, schwer kontrollierbar und noch schwerer zu beseitigen sind, in die Praxis bei der Durchführung der Gesetze in einer Art und Weise eingegriffen wird, die weit über den Zweck des Gesetzes hinausgeht. So haben wir z. B. den neuen Generalzolltarif nicht, der seit etwa fünfzehn Jahren beredet wird, fallen dafür aber von einer handelspolitischen Improvisation in die andere. Wir haben ein Gesetz nicht, das den Schutz unserer Landwirtschaft, eine unserer ernstesten Aufgaben, grundsätzlich aussprechen würde und wirksam werden liesse, und doch würde niemand, dem es mit der Erhaltung des ganzen Bereiches unserer Volkswirtschaft ernst ist, ihm nicht beipflichten dürfen. Dafür haben wir jene Massnahmen und Mittelchen unserer Behörden, die unter der Hand wirken sollen, so unendlich viel böses Blut machen und der begünstigten Landwirtschaft, moralisch wenigstens, leider so sehr geschadet haben. Ich erinnere an die genugsam bekannte Seuchenpolizei, die unseren städtischen Konsumenten die Fleischpreise hochhält und, aus neuester Zeit, an jenen unbegreiflichen Vorgang, dass derselbe Bundesrat, der durch ein Clearingabkommen mit Ungarn unserem Export etwas Luft machen zu wollen schien, zur selben Stunde diesem Abkommen die Basis entzog. Mindestens gleich schwer wie den Schaden, der uns materiell dadurch zugefügt worden ist, schätze ich die moralische Einbusse, die dadurch die Verhandlungsfähigkeit und der Glauben an die Vertragstreue unseres Landes im Ausland erlitten hat. Vor einigen Jahren haben unsere Behörden durch eine Enquete Material über den sogenannten administrativen Protektionismus des Auslandes zu beschaffen gesucht. Als wir uns an die Arbeit machten, um zuverlässige Informationen zu erhalten, mussten wir uns mit Scham eingestehen, dass wir in der Schweiz wohl sehr viel vor den eigenen Türen zu kehren hätten! Wir haben das von der Verfassung versprochene Gesetz zur Vermeidung der Doppeibesteuerung nicht, obwohl es, klug ausgedacht und an die erprobte Praxis unseres Bundesgerichtes anknüpfend, auch die schwierige Regelung der Verhältnisse mit dem Ausland nach aussen und innen erleichtern könnte. Dafür greift der Bund unbekümmert in das kantonale Steuerwesen und in die kantonale Steuersouveränität ein, ohne dafür auch nur die schmalste verfassungsmässige Basis zu haben.

Die Kritik, die schon allzusehr in die Breite geführt hat, soll nicht fortgesetzt werden. Sie hat aber vielleicht gezeigt und erklärlich gemacht, warum jenes Mass von Vertrauen, das die öffentliche Hand beanspruchen sollte, wenn sie neue, ihr ungewohnte Aufgaben ergreifen möchte und nach einer oft vertretenen Meinung ergreifen sollte, nicht mehr in der wünschbaren Masse vorhanden ist.

Dazu kommt noch zweierlei. Hat man schon beachtet, wie unsicher unsere Gesetzgebungsmaschinerie geworden ist? Unsere Legislative hat unter normalen Verhältnissen sicher viele produktive Arbeit geleistet, wenn auch oft unter Schwierigkeiten und mit Hemmungen, die aus den früher geschilderten politischen Verhältnissen zu erklären sind. Der Krieg hat diese gewohnte Bahn verändert, verbildet. Unsere normale wirtschaftspolitische Gesetzgebung hat zum grössten Teil ausgesetzt; die wichtigsten Entscheidungen werden nicht mehr schöpferisch getroffen, sondern receptiv, retrospektiv zur Kenntnis genommen. Jedermann weiss, wie schwierig es ist, bereits getroffene Massnahmen der Behörden durch Parlamentsbeschluss rückgängig zu machen. So lässt man sich heute eine möglichst allgemein gehaltene Generalvollmacht geben, und ist dann ziemlich sicher, nachher wohl Kritik, vielleicht Missbilligung, doch nie Ablehnung und Widerruf zu erfahren — wenigstens vom Parlament. Es ist vielleicht schade, dass unsere heutige Wirtschaftspolitik und die Praxis ihrer Durchführung nicht dem Volke zum Entscheid vorgelegt werden können. Es würde allerdings das Warum über dem Wie vergessen. Das Ergebnis wäre niederschmetternd — aber es würde nachher alles und jeder bleiben wie bisher!

Hat man schon bedacht, auf wie wenigen Augen die Leitung unserer Wirtschaftspolitik steht? Gewiss haben wir, wie bereits gesagt, in unserem Land wenig Kräfte zur Verfügung, die sich derartigen Aufgaben unterziehen können; ich weiss nicht, ob immer und überall alles getan worden ist, um sie zu finden. Mein aufrichtiger Wunsch ist, wir möchten es nie bereuen müssen, so viele Befugnisse weggegeben und in so wenigen Händen vereinigt zu haben. Und ein letztes! Ich habe nachzuweisen versucht, dass heute Wirtschaftsfragen nur auf politischem Weg erhört und gelöst werden. Handel und Industrie kommen auf diesem Weg wenig, viel zu wenig zum Wort; auch sind selbständige und abweichende Meinungen wenig beliebt. Unsere Wirtschaftsführer ziehen es darum vor, ihrem Land dort zu dienen, wo Erfolge zu erhoffen sind, also sicher nicht auf dem Forum der Politik, und das Gefühl der Macht, das die Politik verschaffen mag, wird auf eine edlere Weise dort gestillt, wo man im eigenen Unternehmen mit der eigenen Leistung, unter der eigenen Verantwortung, Positives erreicht.

Können wir unsere Wirtschaft von der Umklammerung durch die Politik, die die ändern machen, befreien? Wer möchte darauf mit einem zuversichtlichen Ja antworten? Aber wir können unsere Wirtschaft stärken, sie widerstandsfähiger machen gegen die Angriffe, die sie schon im eigenen Land erfährt, dadurch, dass sie sich ihrer Macht bewusster wird, dass sie sich zusammenschliesst, dass sie erkennt, wie notwendig über dem momentanen und dem sozusagen branchenmässigen Interesse weitere Gesichtspunkte, klare, grosse Richtlinien und Forderungen ins Auge gefasst werden müssen. Gewiss, unsere grossen und grösseren

Verbände haben es heute nicht leicht, vor allem darum nicht, weil beinahe jeder Teil unserer Wirtschaft zwei Gesichter hat: er ist als Produzent und als Konsument interessiert, und der Ausgleich muss oft schwer fallen. Warum sollte man aber nicht versuchen, diesen Ausgleich nicht ausschliesslich auf dem politischen Parkett zu suchen? Unsere Landesorganisationen haben sich die Zügel allzusehr von der politischen Hand wegnehmen lassen. Nicht «weg vom Staat», aber «heraus aus der Politik» sollte wenigstens das Ideal sein, das man nie vergessen dürfte. Und da, wo dieses Ideal, wie jedes Ideal, unerfüllbar bleibt, sollten Handel und Industrie durch zweckmässige Organisation sich die Resonanz verschaffen, die andere Teile unserer Volkswirtschaft mit Vorteil geniessen. Die Landwirtschaft ist musterhaft, ist beneidenswert organisiert; die grossen Organisationen der unselbständig Erwerbenden imponieren vor allem durch die Zahl ihrer Anhänger und durch deren einheitlichen Willen, der allerdings durch die hier mögliche Einfachheit des Programms erleichtert wird. Es ist nicht ausgeschlossen, es ist wohl sogar wünschbar, dass in Handel und Industrie der Organisationsgedanken frisch belebt und in neue Formen gebracht wird. Möge man nicht so lange zuwarten, bis die einzelnen Gruppen, durch die Politik oder sonstwie gebunden und auseinandergebracht, den Weg zueinander nicht mehr zu finden vermögen. Es wäre nicht von vornherein ein Nachteil, wenn eine Neugruppierung oder besser eine Ergänzung der Gruppierung unserer Wirtschaft erfolgte. Landwirtschaft und Arbeitnehmer sind bereits wiederholt mit Neid und mit Lob erwähnt worden; die Organisation des Gewerbes hat schöne Fortschritte gemacht, hat aber auch noch wichtige Ziele vor sich. Handel und Industrie sind da noch weit zurück. Die Exportindustrie hat andere Interessen als die nur auf das Inland eingestellte; der Handel hat wiederum ein anderes Urteil, je nachdem er den inländischen Markt bearbeitet oder seine Ziele jenseits der Grenzen sieht. Die Industrie stellt mit Rücksicht auf ihr Rohmaterial, ihre Ausgangsprodukte, namentlich aber auf die grosse Schar der Konsumenten, für die sie zu sorgen hat, Forderungen, die dem Handel ferner liegen oder die ihm gleichgültig sind. Diese Gruppen, die ich eben nannte, sollten sich nicht nur branchenmässig organisieren, das natürlich auch, und es ist ja zum grössten Teil schon geschehen, sondern auch wirklich gruppenmässig finden. Wieviel leichter und mit viel viel grösserer Aussicht auf Erfolg könnten dann Wünsche vertreten, aber auch ausgeglichen werden. Man würde auch erkennen, in wie mancher Richtung diese Wünsche parallel laufen und darum nicht nur von einer Seite vertreten zu werden brauchen. Und schliesslich: unter den gegenwärtigen ausserordentlichen Verhältnissen, von denen nachher noch ein Wort zu sagen ist, müsste es für unsere verantwortlichen Behörden eine ungeheure Erleichterung sein, mit einheitlichen Gruppen verhandeln zu können und sich von ihnen beraten zu lassen. Umgekehrt wäre es, da der Ausgleich schon innerhalb der Gruppe erfolgt, nicht mehr möglich, eine Branche nach der andern gegeneinander auszuspielen. Zu einer Organisation der Wirtschaft in diesem Sinn, nicht durch den Staat, auch nicht, so möchte ich hoffen, gegen den Staat, aber als Helfer für den Staat und für sich selber könnte ich Zutrauen haben.

Wenn ich den Versuch gemacht habe, festzustellen, dass dem heute doch so mächtigen Staat die geeigneten Faktoren versagt sind, um das Wirtschaftsleben zu organisieren, so scheint mir das, von meinem Standpunkt aus und nach innen gesehen, als das wichtigste.

Ich möchte mir aber doch einen Blick auf die internationalen Zusammenhänge nicht versagen, weil sich auch daraus Schlüsse ziehen lassen. Wenn ich den sehr kühnen Versuch machen wollte, das, was wir heute miterleben, auf eine ganz kurze Formel zu bringen, so würde diese etwa lauten: Nach Ende des Weltkrieges war für nichts Raum als für die brutale und primitive Formel «Aug' um Auge, Zahn um Zahn». Jeder Staatsmann der siegenden Partei wäre hinweggefegt worden, der nicht die Überzeugung zur Schau getragen hätte, dass die Besiegten «alles zahlen» müssten. Kein Besiegter konnte wagen, sich diesem Diktat zu entziehen. Und nun ist es gewiss eine der grössten Ironien der Weltgeschichte, dass die Besiegten, um ihrer auferlegten und übernommenen Pflicht genügen zu können, ihre Gegner, denen sie im Kriege unterlegen waren, wirtschaftlich in ihrem eigenen Land angreifen mussten und wenigstens zunächst in einem recht erheblichen Masse schlagen konnten. Deutschland hat, wie im Weltkrieg, im sich anschliessenden stillen, zähen wirtschaftlichen Kampf zunächst die Anfangsschlachten gewonnen. Der wachsende Widerstand seiner Absatzgebiete, die verringerte Aufnahmefähigkeit der fremden Märkte infolge der Valutenkrisen und andere äussere Faktoren haben den Ansturm des deutschen Exports zurückgeworfen und ihn zum Versuch gezwungen, mit Übermacht einzelne schwächere oder aus valutarischen Gründen für die Eroberung besonders begehrenswerte Gebiete anzugreifen.

Unser Land kann demgegenüber nichts anderes tun, als was es vor 18 Jahren getan hat: es muss sich bewaffnen, um in diesem gigantischen Wirtschaftskampf mit diesem überwiegend politischen Einschlag seine Neutralität, vor allem aber seine Existenz zu behaupten. Darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger. Und da schon von Politik die Rede gewesen ist, möchte ich noch eine Bemerkung einflechten. Wir erleben heute ein Ringen, das, wenn nicht wir alle, unser Land wie jeder Einzelne, so unheilvoll mit ihm verstrickt wären, der fesselndste Vorgang auf dem Welttheater wäre: der Auseinandersetzung darüber nämlich, ob die Politik oder die Wirtschaft die Vorhand haben sollen. Weltpolitisch sind wir mitten in der Krisis, ob der Politiker, als Exponent des Gefühls und des Prestiges, einer Idee zuliebe so handeln darf, wie es, sachlich-wirtschaftlich gesprochen, dem Lande schädlich ist. Wie noch nie war die Hoffnung banger und berechtigter, dass endlich die Vernunft siegen werde. Diesen Kampf zwischen Politik, Prestige und Vernunft haben wir auch in unserem Land. Deutschland ist auch in der Beziehung lehrreich, dass dort ungeheure Summen aus der Wirtschaft herausgepresst worden sind, um dann nachher zum Teil durch den Staat, der der teuerste Verteiler ist, dem Land in Form von sozialen Leistungen zugeführt zu werden. Es ist klar, dass bei diesem Kreislauf, der tatsächlich ein *circulus vitiosus* ist, viel Geld in der Staatsmaschinerie hängen bleibt; mit andern Worten: das der Wirtschaft durch Steuern, Abgaben, Gebühren für Post, Fracht usw. entzogene Geld ist, wenn es ihr zum Teil auch wieder zufließt, ein sehr teures

Geld. Es gibt kaum eine dilettantischere Art von staatlicher Wirtschaftspolitik, als mit der einen Hand Geld aus der Wirtschaft herauszupressen und es mit der andern in Form von Subventionen wieder zu verteilen. Man sucht damit den Eindruck zu erwecken, als ob etwas geschähe, und gleichzeitig sollen — das entspricht ja den Grundsätzen schweizerischer Kompromisspolitik — zwei entgegengesetzte Gruppen miteinander versöhnt werden: den Arbeitnehmern bedeutet man, die Industrie werde besteuert; den Arbeitgebern sucht man einzureden, man wolle ihnen mit Subventionen helfen.

Der grosse Fehler ist der, dass, aus politischen Gründen, viele Leute noch nicht einsehen wollen, dass eine Lösung der Krisis, soweit in unserem räumlich und wirtschaftlich beschränkten Gebiet überhaupt eine Lösung möglich ist, nicht zu Lasten eines einzelnen Teiles der Wirtschaft erfolgen kann. Es ist ebenso töricht, vom Lohnabbau alles Heil zu erwarten, wie durch eine neue Belastung der Industrie für die übrigen Teile den status quo behalten zu wollen. Man macht heute in der politischen Presse diejenigen Leute lächerlich, die den Lohnabbau fordern. Natürlich ist einer Firma an sich nicht geholfen, wenn sie das Lohnkonto um einige Prozente senken kann. Wenn aber die Preise für den Lebensbedarf, für Bodenzinse, für fremde Gelder, und wenn namentlich die Forderungen des Staates für Steuern, Soziallasten, Gebühren und vor allem für seine eigenen Leistungen auch gesenkt werden, dann machen auch die relativ kleinen Ermässigungen als Summe allerhand aus. Wer Verantwortung für das Ganze trägt und spürt, sollte nicht müde werden, immer wieder zu betonen: keiner, weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer, weder der Konsument noch der Produzent, weder der Bauer noch der Städter, aber auch weder der Staat noch der Einzelne soll das Privileg haben, keine Opfer bringen zu müssen. Wenn diese Auffassung Gemeingut geworden ist, dann wird man vernünftig miteinander reden können.

Erlassen Sie mir, mich über die Vorkehren zu äussern, die unser Staat zur Abwehr der Krisis nach aussen bereits getroffen hat. Man spricht nicht gern von etwas, das man nach seiner ganzen Erziehung, Erfahrung und Einstellung als töricht verwerfen müsste, dem man aber nichts besseres entgegenzustellen hat. Nur wünschte ich, dass wir diesen, beinahe hätte ich gesagt, planmässigen Unsinn mit offenen Augen begleiten, damit er nicht Selbstzweck werde. Noch heute, 14 Jahre nach dem Kriege, hat unser Parlament es nicht fertig gebracht, alle ausserordentlichen Vollmachten aus jener Zeit zu beseitigen! Auch unter dem wirtschaftlichen Ausnahmerecht, unter dem wir heute stehen, sind der organisierten Wirtschaft Aufgaben geboten, die sie sich nicht vom Staate wegnehmen lassen sollte. Und namentlich soll es das Ceterum censeo unserer Wirtschaft sein, dieses Ausnahmerecht unaufhörlich als solches zu brandmarken und seine Beseitigung zu fordern, sobald es nur immer möglich ist.

Der Schweiz aber, die auf dem Forum des Völkerbundes mit einer Ehrlichkeit, die leider wenig gerühmt, auch durchaus nicht in allen Ländern nachgeahmt worden ist, sich gegen die Herrschaft der Phrase, den Gegensatz zwischen Reden und Tun im internationalen Wirtschaftsverkehr ausgesprochen hat, möchte ich wünschen, dass sie, wenn auch vielleicht vorläufig als Prediger in der Wüste,

nicht müde werde, den Völkern die Sinnlosigkeit unseres heutigen Tuns vor Augen zu führen. Irgendwoher, und warum nicht von einem kleinen Fleck der Erde, muss ja endlich der Stern der Erlösung aufgehen!

Ich schliesse. Man kann sich der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis auf zweierlei Arten gegenüberstellen.

Entweder nimmt man an, das, was wir heute erleben, sei noch ein Optimum, von dem es nur ein weiteres Abgleiten gebe. Wer so denkt, mag sich an den Staat hängen und sich unter seine Vormundschaft stellen; er mag vergessen, wie untüchtig sich der Staat bisher oft als Unternehmer erwiesen hat — anders als der private Unternehmer kann der Staat allerdings auch grosse Verluste aus der stillen Reserve des Steuerkapitals rasch decken — er mag auch vergessen, wie unfähig die Bureaukratie zu positiven Leistungen ist und muss es in Kauf nehmen, dass alles, was heute die öffentliche Hand ergreift, von ihr mit politischen Schlacken vermenget wird.

Demgegenüber gibt es gewiss noch eine andere, würdigere Haltung. Wer möchte heute die Geschehnisse der Welt voraussagen wollen? Gewiss niemand. Aber wer möchte heute schon sich zu dem Pessimismus bekennen, dass es keine Erlösung aus dem traurigen Heute gebe, denn durch Zwang? Ich bekenne, zu unserem schweizerischen Handel und zu unserer schweizerischen Industrie noch heute das Zutrauen zu haben, dass sie dieses «sacrificio dell' intelletto» nicht bringen wollen. Ich glaube noch an das Übergewicht des einzelnen Führers der Privatwirtschaft mit seiner Intelligenz, seiner Initiative, seinem Unternehmungsgeist, seiner Verantwortungsfreude gegenüber dem namenlosen, unpersönlichen Staat, der dahin treibt, wohin ihn die Masse hinzieht.

Ich wünsche Handel und Industrie den Mut und den Willen zu vermehrter Geschlossenheit, die das lästige Trennende über dem notwendig Einenden vergisst und wünsche beiden vor allem den Stolz, die Vormundschaft des Staates von sich fern zu halten!
